

Positionspapier der Abgeordneten und Kommunalvertreter DIE LINKE

Als Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Landtage in Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie des Stadtrates zu Leipzig haben wir uns in der Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlergehen der Einwohnerinnen und Einwohnern der im mittelbaren und unmittelbaren Umfeld des Flughafens Leipzig-Halle liegenden Städte, Gemeinden und Ortschaften sowie ihres unverhandelbaren Rechts auf Mitsprache und Beteiligung hinsichtlich der Ausbaupläne und der Gestaltung von Flugrouten sowie Flugplänen des Flughafens vor dem Hintergrund der unabdingbar erforderlichen sozial-ökologischen Verkehrswende auf die folgenden, zentralen Positionen zum Flughafenstandort Leipzig-Halle verständigt.

Diese Positionen vertreten wir in den Parlamenten und Vertretungskörperschaften oder bringen diese mit verschiedenen Initiativen dort ein:

1. Positionen zum Flughafen Leipzig und der geplanten Ausweitung des Flugverkehrs

- Wir fordern für die am und im Umfeld des Flughafens Beschäftigten endlich gute Entgelte, die den Belastungen von dauernder Schichtarbeit und „flexiblen“ Arbeitszeiten mit mehreren Arbeitszeitblöcken in einer Schicht angemessen sind. Der Luftfrachtflughafen hat entgegen der Legendenbildung eine hohe Zahl niedrig bezahlter Arbeitsplätze entstehen lassen. Der wachsende Online-Handel auch im Zuge der Pandemie hat erhebliche ökonomischen Folgen für einheimische Produktion.
- Wir lehnen den Ausbau des Flughafens und die Ausweitung des Flugverkehrs am Flughafen Leipzig-Halle ab und fordern angesichts der Pläne der Flughafen AG ein Ausbau-Moratorium.
- Um Emissionen aller Art, vor allem Lärm- und Schadstoff-Emissionen zu reduzieren, müssen die Gebühren und Entgelte am Flughafen Leipzig/Halle (FLH) weiter deutlich angehoben werden. Wir fordern daher die Einführung von schadstofforientierten Grundentgelten. Die Entgelte für die Nacht sollen außerdem nicht mehr nur nach Lärmklassen, sondern auch nach Uhrzeiten gestaffelt werden.
- Ab 2026 (innerhalb einer angemessenen Frist) nachts nur Flugzeugen Start und Landung zu erlauben, die den Standard des Kapitels XIV des Annex 16 - Environmental Protection – Volume I - Aircraft Noise der Convention on International Civil Aviation, 8th Edition, July 2017 (Kapitel XIV ICAO Anhang 16, Vol. I, Kap. XIV) erfüllen.
- Der Luftfrachtumschlagbahnhof (LUB) muss in das Transportkonzept des Flughafens Leipzig/Halle eingebunden werden.
- Zur weiteren Reduzierung des klimaschädlichen Frachtflugverkehrs des FLH soll dieser zu einem Großteil innerhalb Deutschlands und Europas auf die Schiene verlagert werden.
- Die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle ist ebenso auszuschließen wie die Ansiedlung von Unternehmen der Rüstungsindustrie am Flughafenstandort.

- Die Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle für den Vollzug von Abschiebungen oder für die Unterbringung der Betroffenen im Abschiebegewahrsam ist auszuschließen.
- Zur deutlichen Verbesserung des Lärmschutzes muss gegenüber den zuständigen Bundesbehörden und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf eine gleichmäßige Verteilung der derzeit festgelegten Flugrouten hingewirkt werden, mit der eine gleichmäßige Nutzung der Start- und Landebahnen am Flughafen Leipzig/Halle rechtsverbindlich sichergestellt wird.

2. Positionen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der umliegenden Gemeinden, ihrer Initiativen und Vertretungskörperschaften sowie die Neugestaltung des Dialogforums

Um einen tatsächlich demokratischen Prozess der Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner, der Bürgerinitiativen sowie der Vertretungskörperschaften der umliegenden Städte, Gemeinden und Ortschaften zu erreichen, müssen die Gremien, die sich mit den Sachverhalten rund um den Flughafen befassen entsprechend reformiert werden. Dies betrifft die Fluglärmkommission ebenso wie das Dialogforum Flughafen.

- Wir fordern deshalb, das Dialogforum Flughafen Leipzig-Halle zu einem echten Beteiligungs-, Mediations- und Erhebungsforum nach dem Vorbild des Umwelthauses Frankfurt umzugestalten. Dazu soll das Dialogforum eine ständige Geschäftsstelle und ein verpflichtendes Anhörungsrecht erhalten zu allen Sachverhalten des Flughafenbetriebes, die sich auf Emissionen aller Art sowie insbesondere auf Gesundheit und Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner der umliegenden Städte, Gemeinden und Ortschaften auswirken können.
- Nach diesem Vorbild muss auch für das Anteilseigner-Land Sachsen-Anhalt ein Dialogforum entstehen. Es soll ein unabhängiger Lärmschutzbeauftragter (Ombudsperson) eingesetzt werden, der seine Aufgabe vor allem in der Lärmentlastung und Lärmoptimierung sieht.
- Die Fluglärmkommission für den Flughafen Leipzig-Halle braucht eine gesetzliche Änderung ihrer Zusammensetzung für eine stärkere Beteiligung der unmittelbar betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner und ein gesetzliches Vetorecht der Mitgliedskommunen.
- Hinsichtlich Planfeststellungsverfahren und Genehmigungen für den Flugbetrieb am Flughafen Leipzig-Halle muss das Dialogforum Flughafen Leipzig-Halle ein echtes Beschluss- und Vetorecht erhalten.

Sollten die Veränderungen des Dialogforums nicht umgehend angestoßen und bis Ende des I. Quartals 2024 ins Werk gesetzt sein, werden die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN die Kooperation aufkündigen.

Leipzig, den 12. Juli 2023

Marianne Küng-Vildebrand
Stadträtin Leipzig

Kerstin Eisenreich
MdL Sachsen-Anhalt

Sören Pellmann
MdB

Marco Böhme
MdL Sachsen